

EINE S-Bahn für ALLE, Weidenweg 37, 10249 Berlin

Senatorin Manja Schreiner  
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität,  
Verbraucher- und Klimaschutz  
Am Köllnischen Park 3  
10179 Berlin



**EINE S-Bahn für ALLE**  
c/o Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.  
Weidenweg 37  
10249 Berlin  
info@bahn-fuer-alle.de

Berlin, 14. September 2023

Sehr geehrte Frau Schreiner,

als Bündnis, das sich für eine Berliner S-Bahn in öffentlicher Hand einsetzt, begrüßen wir es, dass Ihre Regierung laut Koalitionsvertrag einen S-Bahn-Betrieb „aus einer Hand“ anstrebt und das Berliner S-Bahn-System „uneingeschränkt erhalten“ will.

Wir verstehen allerdings nicht, warum trotz dieser Ziele, trotz der uns bekannten Stellungnahmen Ihrer Partei gegen die laufende Ausschreibung und trotz der ablehnenden Haltung der SPD dennoch ebenfalls im Koalitionsvertrag steht, dass die Ausschreibung der Teilnetze Nord-Süd und Stadtbahn fortgeführt und bis 2024 abgeschlossen werden soll.

Die Vergabe könnte nicht nur zu unterschiedlichen Betreibern führen, sondern selbst im Falle, dass beide Lose (mit) an die S-Bahn Berlin GmbH der DB AG gehen würden, wären neben ihr erstmals mit Stadler und Siemens zwei private Unternehmen beteiligt. Mit der Vergabe geht deshalb zwingend die Teilprivatisierung und Zerschlagung des einheitlichen Systems der S-Bahn Berlin einher. Nur der Abbruch des Vergabeverfahrens kann den Betrieb aus einer Hand sichern und das einheitliche S-Bahn-System erhalten. Hierzu liegt ein juristisches Positionspapier von RA Benno Reinhardt vor ([https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2021/06/Benno\\_Reinhardt\\_Positionspapier\\_Vergabe\\_S-Bahn\\_Berlin.pdf](https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2021/06/Benno_Reinhardt_Positionspapier_Vergabe_S-Bahn_Berlin.pdf)).

Wir befürchten auch, dass es besonders bei einer Vergabe beider Lose an die S-Bahn Berlin GmbH zu langwierigen Klagen von Mitbewerbern kommen könnte. Damit würde ein juristisches Tauziehen beginnen, das zum einen den reibungslosen Betrieb gefährden könnte. Zum anderen steigt mit dem Fortschreiten der Ausschreibung auch das Risiko einer – hohen – Entschädigungszahlung.

Wir halten die Vergabe auch für problematisch, da selbst die S-Bahn Berlin GmbH im Fall eines Zuschlags nicht ihre bestehenden eigenen Werkstätten nutzen könnte. Dass selbst in diesem Fall eine neue Werkstätte gebaut werden müsste, halten wir für eine unzumutbare Verschwendung von Ressourcen. Zudem drohen, wie der jetzige Regierende Bürgermeister Kai Wegner im Februar an UnterstützerInnen von uns zurecht schrieb, „viele ineffiziente Strukturen zwischen den Akteuren zu entstehen“.

Wir halten es für fraglich, ob die Vergabe angesichts der aktuellen Zinssteigerungen überhaupt noch wirtschaftlich wäre. Unseres Wissens wurde der wertmäßige Vorteil der Vergabe zuletzt mit 800 Millionen Euro angegeben, wobei diese Zahl vom Senat nie belegt wurde. Wir nehmen stark an, dass dieser Vorteil, so es ihn denn je gab, durch die Zinssteigerungen schon jetzt hinfällig wäre und bitten Sie, die Kalkulation zu überprüfen.

Um die Vergabe zu stoppen, braucht es bald ein tragfähiges Konzept für eine Alternative. Ihre Amtsvorgängerin Bettina Jarasch sagte uns bei der Übergabe von 10.328 Unterschriften gegen das Vergabeverfahren am 16. Januar 2023, sie habe die damalige Regierende Bürgermeisterin Frau Giffey gebeten, sich an den Bund zu wenden, ob dieser beziehungsweise die DB AG dem Land Berlin die S-Bahn verkaufen würde. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns mitteilen würden, ob die Anfrage an den Bund erfolgt ist und mit welchem Ergebnis.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und würden uns freuen, wenn wir uns mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch zu diesem Thema austauschen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Lindner  
(Vorstand)

Carl Waßmuth  
(Vorstand)